

problems voll zum Ausdruck. Wie die Rationalisierung überhaupt — anstatt die Krise zu beseitigen — durch technische Umstellung und Einführung von betriebswirtschaftlich geleiteten, wirtschaftlichen Produktionsverfahren fortgesetzte Ausschaltung und Verringerung menschlicher Arbeitskraft und damit zugleich noch mehr verminderte Nachfrage im Gefolge hat, so muß die Auswirkung der Rationalisierung auf die Erwerbslosigkeit in dialektischer Entwicklung schließlich krisenverschärfend wirken. Der „Vorwärts“ zeigt unlängst an Hand seiner statistischen Übersicht, daß der saisonbedingte Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr ungleich langsamer als im Vorjahr von statten geht und die Erwerbslosigkeit in den meisten Industriezweigen bei niedrigerem Stand im Winter prozentual und real höher ist. Ein Vergleich zwischen den Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger im Jahre 1927 und jetzt sieht so aus:

	1927	1928
15. Mai	743227	642180
1. Juni	649274	629470
15. Juni	598331	622165

Diese Entwicklung hat sich im Juli und Anfang August 1928 noch verschärft, so daß die Steigerung der Erwerbslosigkeit die offensichtliche Tendenz hat bei Schluß der Saisonarbeiten die bisherigen Höchstzahlen zu erreichen und schließlich zu überschreiten. Die Internationale Betrachtung der Arbeitslosenzahlen würde dieses Bild vertiefen, wobei die Arbeitslosigkeit im Bergbau überall an erster Stelle steht. Die rein zahlenmäßige Zunahme der Erwerbslosigkeit als Folge der Rationalisierung, hat jedoch das Kapital zu Maßnahmen gezwungen, um bei weiterer Steigerung der Erwerbslosigkeit besser gerüstet zu sein, und die Kosten der Arbeitslosigkeit im weitgehenden Maße herabzusetzen. In Erkenntnis der Unmöglichkeit innerhalb des kapitalistischen Systems die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, ist man darangehen, die Frage von einer anderen Seite aus anzupacken, das Problem heißt jetzt: Rationalisierung der Erwerbslosigkeit.

Rationalisierung, kapitalistisches Vernünftigkeit- und Ertragbarmachen der Arbeitslosigkeit, Herabsetzung und Abwälzung der Kosten auf das Proletariat — diese Aufgabe konnte selbstverständlich ebenso wie die Rationalisierung der Betriebe nur gelöst werden unter Mitarbeit der Gewerkschaften. Das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz als Basis für diese Rationalisierung ist unter Mitarbeit und Zustimmung der Gewerkschaften vorbereitet und durchgeführt worden. Die weitgehende Abwälzung der Kosten auf das Proletariat, die Zerstückelung der Erwerbslosenmassen in die der Unterstützungsberechnung zugrunde gelegten Lohnklassen, der Zwang für die Arbeitslosen die miserabel bezahlteste Arbeit anzunehmen, all dies hat sich in der Praxis noch weit schlimmer ausgewirkt als bei Zustandekommen des Gesetzes vorausgesagt werden konnte.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz war nur die Basis. Auf Tagungen der Bezirksarbeitsämter und der Verwaltungsräte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung- und Arbeitslosenversicherung werden in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften alle offenen Fragen geklärt, alle Möglichkeiten zur Verschärfung ausgebaut. Mit dem 1. Juli ist eine siebenjährige Karenzzeit eingeführt worden, so daß der arbeitslos werdende Proletarier, dem vom ersten bis zum letzten Lohnstag der Abzug für die Arbeitslosenversicherung gemacht wurde, gezwungen ist, auf die Unterstützungspläne neben den acht bis zehn Tagen, die es bisher wahrte, bis der Antrag „durch“ war, noch eine weitere Woche zu warten. Rücksichtslos durchgeführt wird auch seit einiger Zeit der Zwang für Facharbeiter, andere unqualifizierte Arbeit, wie Erdarbeit Landarbeit usw., anzunehmen. Auf jede Weigerung steht die Hungerpeinische der Entzug der Unterstützung. An Arbeitslose, welche in ihrem Orte keine Aussicht haben, Arbeit finden und sich deshalb auf die Wanderschaft begeben, braucht die Unterstützung nicht in Geldform gewährt zu werden, sondern wird in Form von Sachleistungen in den Herbergen abgegeben. Der wandernde Arbeitslose ist damit vollständig der Prellerei und dem Betrug der „Herbergsväter“ ausgesetzt; seine Unterstützung während der Wanderzeit ist zudem auf 10 Wochen im Jahr beschränkt. Wie weit sich die kapitalistischen Interessen und die der Gewerkschaften treffen, erhellt besonders in der Unterstützungsfrage bei Streik und Aussperrung. Vom Verwaltungsrat sind Richtlinien aufgestellt worden, wonach auch in Aussperrungsfällen keine Unterstützung gezahlt wird, weil dadurch „eine Beeinflussung des Arbeitskampfes zu erwarten ist“. Selbst in Fällen, wo etwa ausschließlich für den Kohlentransport vorgesehene Stromschleifer arbeitslos werden, weil die Bergleute streiken, ist nicht einmal die „unbillige Härte“ anzunehmen. Unter Ziffer 5 der Richtlinien heißt es, daß die Unterstützung zu verweigern ist, wenn

„5. Die Stilllegung des mittelbar betroffenen Betriebes deshalb als notwendige Folge des Arbeitskampfes eingetreten ist, weil er für seine Weiterarbeit auf die Lieferung von elektrischem Strom, Gas, Wasser oder von Halb- oder Fertigwaren durch den mittelbar betroffenen Betrieb ausschließlich angewiesen ist.“

Die Gewerkschaften sind auch hiermit einverstanden, laut Nr. 20 der „Gewerkschafts-Zeitung“ angeblich wegen der „Unabhängigkeit der Kampfmaßnahmen und der Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder, die sich im Kampf bewähren muß“. In der Praxis heißt

das natürlich nichts anderes, als daß in solchen Fällen an die Stelle der staatlichen Unterstützung die gewerkschaftliche tritt und damit ein neues Druckmittel für die gewerkschaftliche Organisation bildet.

Auf alle Rationalisierungsmaßnahmen gegen die Erwerbslosen hat in erster Linie der freigewerkschaftliche A.D.G.B. Einfluß. Wer im weitesten Maße an der Verschlechterung der Grundlage des Arbeitslosen mitarbeitet, wird klar, wenn die am 5. Juli vom Verwaltungsrat genehmigte Veränderung der Beiratsposten zugunsten des A.D.G.B. in den folgenden Bezirken betrachtet:

1. Bayern:			
ADGB.	5 Beisitzer	5 Stellvertreter	
DGB.	1 „	2 „	
Gew. R.	1 „	0 „	
2. Mittelddeutschland:			
ADGB.	7 Beisitzer	6 Stellvertreter	
DGB.	1 „	2 „	
Gew. R.	1 „	1 „	
3. Nordmark:			
ADGB.	8 Beisitzer	8 Stellvertreter	
DGB.	1 „	1 „	
Gew. R.	1 „	1 „	
4. Pommern:			
ADGB.	5 Beisitzer	6 Stellvertreter	
DGB.	1 „	1 „	
Gew. R.	1 „	0 „	
5. Schlesien:			
ADGB.	7 Beisitzer	7 Stellvertreter	
DGB.	2 „	2 „	
Gew. R.	1 „	1 „	
6. Ostpreußen:			
ADGB.	4 Beisitzer	5 Stellvertreter	
DGB.	2 „	2 „	
Gew. R.	1 „	0 „	

Staatsorgane und Gewerkschaften führen gemeinsam die Rationalisierung der Arbeitslosigkeit im Interesse der Bourgeoisie durch — Kapital und A.D.G.B. als gemeinsame Feinde der Arbeitslosen! Das Proletariat muß den Sinn dieses Feldzuges begreifen. Es muß die ganze Wucht seiner Kampfmittel dagegen einsetzen. Das Erwerbslosenproblem ist und bleibt das Menetekel des Kapitalunterganges, alle Rationalisierungsmaßnahmen können nichts daran ändern, sondern müssen Verbreiterung und Vertiefung der Hungerfront den Lauf der Dinge beschleunigen. Die Erwerbslosen haben die Aufgabe, über alle Ausschalt- und Kongressspielereien auch der KPD hinweg, sich auf den Arbeitsnachweisen zu revolutionären Nachweisorganisationen zusammenzuschließen, um in gemeinsamer Front mit den Arbeitern der Betriebe den rückständigen Klassenkampf für den revolutionären Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzunehmen.

Soeben ist erschienen:

Straße frei

Neue Gedichte von
Oskar Kanehl

mit 15 Originalzeichnungen und einem farbigen Umschlagbild von
George Bross.

Der in Karton gebundene Band enthält sämtliche seit Erscheinen der zweiten Auflage von „Sieh auf Prolet“ entstandenen Gedichte Oskar Kanehls.

Preis 2 Mark

Für Mitglieder proletarischer Organisationen und Betriebe

1 Mark

Lieferung nur bei Voreinsendung des Betrages oder per Nachnahme. Bestellungen sind zu richten an: Paul Böhm, Berlin-Spandau, Staakenstr. 18. Zahlungen auf das Postcheckkonto Berlin Nr. 120738 Johannes Fittko, Berlin-Spandau, Feldstr. 51.

Verlag Der Spartakusbund, Berlin

Organisatorische Mitteilungen.

Reichsarbeitsausschuß: Wir bitten alle Gruppen um sofortige Stellungnahme zu dem Rundschreiben Nr. 1 des R.A.A. und um Vervollständigung der Abstimmungsergebnisse. Ortsgruppen, die das kürzlich zum Versand gekommene Rundschreiben nicht erhalten haben, geben sofort Nachricht. (Mitteilungen für den R.A.A. nicht mehr an die alte Adresse, sondern

vorläufig an den Genossen Fittko). Die Reichsanlage für Juli ist fällig und muss sofort übersandt werden.
— R.A.A. —

Pressekommission: Die Ortsgruppen werden hiermit zur Überprüfung des Kassenberichts der Reichspressekassierung aufgefordert. Wir erwarten von allen Gruppen beschleunigte, tatkräftige Durchführung des Presseantrags. Geldsendungen für die Zeitung nur noch an: Walter Klepsch, Berlin-Spandau, Schülerbergstr. 8, Postcheckkonto Berlin Nr. 145218.
— R.P.K. —

Bürgerkrieg dem Kriege!

Öffentliche Versammlung

am 10. August 28., 1/8 Uhr

Sophiensale, Berlin C, Sophienstraße

Referent: Genosse F. Pfemfert.

Versammlungskalender

Berlin-Zentrum. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr, Schul-Gipsstraße: Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht!

Berlin-Spandau. Jeden Freitag Gruppenabend, 8 Uhr, Lokal Röhr, Wöhlmannstraße. Zeitungsausgabe dort. Öffentliche Versammlungen werden besonders bekanntgegeben.

Brandenburg a. H. Die Genossen treffen sich jeden Dienstag und Freitag 7.30 Uhr, bei Wendland, Kl. Münzenstraße 17. Zeitungsausgabe dort. Sympathisierende willkommen.

Sprengberg. Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat beim Genossen Westermayer, Dreikauerstraße 12, abends 8 Uhr.

Dresden-Löbtau. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal Volkswohl, Ebertplatz.

Dresden-Pieschen. Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, Restaurant Torgauer, Ecke Osterbergerstraße.

Dresden-Strießen. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15., abends 7 Uhr, Restaurant „Ratskeller“, Markgraf, Heinrichsplatz.

Dresden-Alstadt und Baugruppen. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Restaurant „Brandenburger Hof“, Peters, Ecke Berliner Straße.

Dresden. B.O.s mit regelmäßigen Versammlungen:
B.O. Eckstein, jeden Montag, 5 Uhr, im Restaurant Grenzbau, Zwickauer Straße.
B.O. Unität, nach jedem 1. und 15. d. M. im Restaurant Schlatterhof, Schlatterstraße.

Klotzsche und Umgegend. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat, abends 8 Uhr, im Lokal „Schmiedeschenke“.

Drachenberge. „Goswigerhof“, Risaer Straße, Gruppenabend jeden Dienstag, 8 Uhr.

Schmiedeburg. Zeitungen und Auskunft Moichgrund 37 F.

Freiberg i. S. Sonntags, 8 Uhr, im Lokal „Lokomotive“, Humboldtstraße.

Riesa a. d. Elbe. Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Restaurant „Erholung“.

Braunschweig. Jeden Donnerstag Versammlung bei Hagemann, Helmstedter Straße, Ecke Kurze Straße.

Leipzig. Jeden Dienstag, 7.30 Uhr, bei Zumppe, Ecke Mittel- und Friedrichsitz-Straße.

Frankfurt a. Main. Jeden Sonnabend 7.30 Uhr öffentliche Diskussionsabend, Rotekreuzgasse 25 I.

Auskunft u. Zeitungen durch K. Schmitt, Petterweilstr. 69.

Hamburg. Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 7.30 Uhr, bei Genossen Fuchs, Pappenstr. 95, Hs. 12, p. L. dort auch Zeitungsausgabe.

Hamburg Güterbahnhof Hbg.-Hgb.-Han. Auskunft und Zeitung durch Kollegen Brodowsky.

Hamburg, Blohm u. Voß. Zeitung und Auskunft durch Kollegen Schmitzer, Dreher.

Königsberg i. Pr. Jeden Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Jessat, Bismarckstraße 11.

Danzig. Mitgliederversammlung jeden Dienstag; öffentliche Versammlung einmal im Monat. Lokal und Zeit durch Vertrauensleute und Arno Behrend, Kl. Schwallbengasse 1.

Thiis. Auskunft und Zeitung erhältlich bei Benno Westerberger, Goldschmiede-Straße 35.

Beuthen O.-S. Mitgliederversammlung jeden Sonnabend, abends 7 Uhr, beim Genossen Georg Hübner, Gleichitzer Straße.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Paul Böhm, Berlin-Spandau, Staakenstr. 18. Druck: Emil Zeidler, Berlin SW 19, Röß-Straße 7. Fernsprecher: B 1 Berlin 0497.

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES

(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Nr. 12 - 3. Jahrgang
5. Jahrgang der „Einheitsfront“

August 1928

Preis 15 Pfennig

Antwort auf die Festrede der deutschen Verfassungsfeier.

Genossen! Die „neue Reichsregierung“, für uns eine der jeweiligen Kollisionsregierungen als übliche Diktaturkollisions der herrschenden Klasse, repräsentiert durch Reichskanzler und Mehrzahl der Minister von der mitgliederstärksten Partei dieser Republik, der „völkerebefreienden“ SPD, hat, nachdem sie einen Tag vorher als Symbol ihrer Klassenzugehörigkeit durch einstimmigen Beschluß den Bau eines Panzerkreuzers mit einer runden Belastungssumme von einer halben Milliarde für die ausgetestete Klasse bewilligt hat, eine „Verfassungsfeier“ in Szene gesetzt, die unsere schnelle, klare und eindeutige Antwort herausfordert. Zum Festredner war der frühere Reichsjustizminister, der Sozialdemokrat *Rudolf*, anwesend. In einer Umgebung und einem Aufzug, um die die Hohenzollernaria die „Republik“ beneiden würde, deklamierte der hochgestimmte Festredner (im Frack) sein auswendig gelerntes Manuskript, das vom ersten bis zum letzten Wort ein jämmerlicher Kotau war vor dem Kapital, insbesondere vor den zu wenigen Riesenkräften entwickelten Wirtschaftsmächten. An Stelle des Kaisers saß für den Republikaner Radbruch jetzt auf dem Throne das Kapital. Wörtlich spricht er von den „absoluten Herrschern der Wirtschaft“. Sie genießen eine vollste Zursicht, und er apostrophiert sie: „Als der absolute König (Friedrich Rex) sich den ersten Diener des Staates nannte, war es das erste Vorzeichen des kommenden Volksaufstandes. Ähnliches kann sich aus dem Verhalten der absoluten Herrscher der Wirtschaft ergeben.“

Und mit dem Gesicht der Loge Hindenburgs zugewandt, lyrisiert er in Anlehnung an ein Zitat des kapitalistokratischen Dichters Stephan George: „Dem, der damals das Reich rettete, dem alten Soldaten des alten Deutschland, gilt unser ehrfürchtiger Gruß und Dank.“

Wie ein Märchenzähler fabuliert er: „Den Arbeitnehmer zum Wirtschaftsbürger zu erheben ist eine im Geiste der Verfassung vorgezeichnete Aufgabe. Schon beginnen die Besten unter den Wirtschaftsbürgern zu fühlen, als die ersten Diener der Wirtschaft...“ Schon stehen wir nach dem Zeugnis bedeutender Wirtschaftskundiger mitten in einer gewaltigen Umwälzung, im Übergange von der freien zur gebundenen Wirtschaft. Die neue gebundene Wirtschaft ist aber nicht nur mächtiger dem Staate gegenüber, sondern auch einflußreicher, weil der Staat selbst, noch immer der mächtigste unter den Wirtschaftskörpern, eine in wenigen Händen konzentrierte Wirtschaft leichter zu bestimmen vermag als eine Unzahl kleiner Betriebe.“

Auf dem Throne das Kapital, die Untertanen werden „Wirtschaftsbürger“, „führende“, „dienende“. Wir sind gewohnt, das schlichte Ausbeuter und Lohnsklaven zu nennen. Mit dieser Methode strengster Wirtschaftskonzentration und Bestimmung aller Geschehnisse aus ihren Bedürfnissen verspricht sich der Festredner die Lösung aller Rätsel der Republik. Unter anderem z. B. auch die Überwindung des „Länderpartikularismus“.

„Kulturelle Mannigfaltigkeit mit der gebotenen wirtschaftlichen und politischen Konzentration zu verbinden, ist die schwere Aufgabe unseres Verfassungslebens. Der durch Selbstverwaltung dezentralisierte Einheitsstaat ist das klar vorgezeichnete Ziel unserer innerstaatlichen Entwicklung.“

Vom Parlamentarismus ist er restlos begeistert: „Gerade das Koalitionssystem, der Zwang einer Mehrheit von Parteien, bürgerlichen und sozialistischen, zur Führung des Staates ist notwendig, um eine gewisse Stetigkeit der Politik zu verbürgen. Wir müssen hoffen, daß der Parlamentarismus allmählich sich die Parteien erziehen wird, wie er sie braucht.“

(Also auch Thälmann und Münzenberg brauchen die Hoffnung nicht aufzugeben.) Wir können nicht mehr ernst bleiben, und es ist eine Lust, zu lachen, was er für ulkige, lehrreiche und gefühlsbewegte Aeußerungen über das Parteiwesen losläßt:

„Die von der Höhe eines angeblichen Standpunktes über den Parteien herab betriebene Verkekung des Parteifreieins wird zu einer schweren Gefahr im Volksstaate, in dem die Parteien die wichtigsten Organe des politischen Lebens sind. Man sollte von früh an dem werdenden Staatsbürger einprägen, daß sich einer Partei zu bekennen im Volksstaat Bürgerpflicht sei. Wir wiederholen sofort, daß Wahlrecht Wahlpflicht ist — nun, dann ist es auch eine Pflicht, sich einer Partei anzuschließen. Der Flugsand der Unentschlossenen zwischen den Parteien, der Verblitterten und Verärgerten ist es, der unserem ganzen politischen Leben jene Unstetigkeit und Unberechenbarkeit gibt.“

Sein ganzer Plan hat natürlich nur Bestand mit dem von ihm für seine Republik kreierten Wirtschaftsbürgern. Daß es in seiner Republik neben den friedlich paktierenden Wirtschaftsherrschern und Wirtschaftsbürgern, „dem Flugsand der Unentschlossenen“, den „Verblitterten und Verärgerten“ auch ein Proletariat gibt, erwähnt er ängstlich:

„Unser politisches Leben ist aber auch belastet mit dem

Gegensatz der Klassen! Es besteht die Ungleichheit der wirtschaftlichen Chance. Der Untertan ist zwar Staatsbürger geworden, aber der Staatsbürger noch immer *Wirtschaftsuntertan*. Das Altheilsmittel in einem Zweiparteiensystem zu suchen, ist falsch, denn ein solches System ist nur dort möglich, wo die einander in der Regierung abwechselnden Parteien einen umfassenden Bestand gemeinsamer politischer Gedanken und Gesinnungen haben. Bei uns würde die Zerfallung in Bourgeoisie und Proletariat die in Parteien von unversöhnlicher Gegensätzlichkeit bedeuten, was das Staatsschiff zum Kentern bringen müßte.“

Solche Bedenken kommen aber nicht an gegen sein festes Vertrauen zum Parlamentarismus und dem ihn dirigierenden Staatskapitalismus.

Zu zwei besonderen republikanischen Wünschen steigert sich seine Deklamation: „In dem Augenblick, wo Österreich sich dem großen deutschen Mutterlande anschließen wird, wird ein *bräutlicher Jubel* durch die deutsche Seele gehen, vergleichbar nur dem Jubel jenes Erlösungs- und Befreiungstages, an dem der letzte fremde Soldat deutschen Bodens räumen, an dem der Rhein, die Pfalz, die Saar wieder unser sein wird.“

„Herz“ spricht noch und fließt über zu beifallspekulativer, wenn auch geklauter Poesie:

„Nicht nur die Nationalversammlung von 1919 steht bestimmend hinter unserer Verfassung; auch das Erlebnis von 1914 klingt in ihr wieder. Die Besten und Tiefsten, ein Ludwig Frank etwa, zogen hinaus, um als Frucht ihrer Kämpfe auch ein erneuertes, freieres Vaterland heimzubringen. Auch für uns, die wir nicht aufhören, gelobend und beschwörend der Welt zuzurufen: Nie wieder Krieg! ist der Weltkrieg das Heldengedicht und die Passionsgeschichte eines Volkes, die als eine größere Lias in der Menschheit fortleben wird.“

„Eine Verfassung ist wie eine Fahne, die um so heiliger wird, je mehr sie von Schwerthieben zerschlagen und von Kugeln durchbohrt ist. Wie unendlich viel Lieber ist in das Fundament unserer Verfassung eingemauert worden. An der Stelle, an der die Stämme, grünte mit einem unvergesslichen Klang in der Stimme, mit einer *unvergesslichen Handbewegung* Friedrich Ebert den Sarkophag, der Walter Rathenau Sterbliches barg; der große Staatsmann, der das Reich zum zweiten Male gründete, dem großen

Staatsmann, der die neue Außenpolitik des Reiches am sichtbarsten vertrat. Beide umgibt von dem schwarz-rotgoldenen Industriemonarchismus nichts zu tun, wir haben, gestützt auf unser Klassenbewußtsein und den daraus wachsenden historisch-materialistischen Erkenntnissen eine von jener demokratisch pazifistisch bürgerlichen Gesellschaft abgründigere Einstellung zur Beurteilung der Geschichte und daraus folgerichtig einen revolutionären Anstoß zu änderndem Eingriff. Das Benehmen dieser Parteien und ihrer Instrumente demonstrieren uns immer nackter ihren Dienst an der feindlichen Klasse, der Ausbeuterklasse die Klassenluft ist zwischen uns. Wir sind eure unversöhnlichen Feinde. Wir kennen keine „herrschenden“ und „dienenden“ Wirtschaftsbürger“, sondern nur Ausbeuter und Ausgebeutete, Bourgeoisie und Proletariat; und der Auftrag dieser Klassengegensätze, wirtschaftlich und ideologisch, ist der bestimmende Antrieb für unsere Gesinnung und deren Tatfolgen für die Politik der Gegenwart.“

Oh, ihr Sklaven, ihr Diener des Kapitals, Bürger der feindlichen Klassengesellschaft Bourgeoisie. Ihr Unfallmännchen allesamt, müßt euch nicht an, eure Rettungskämpfe aus Todeskrise zu vergleichen mit dem historisch in den Vordergrund des Geschichtsbildes gerückten Klassenkampf des Proletariats gegen eure ganze Gesellschaft und ihre Politik. Wir haben keine Aufgaben als *Klassen*-Aufgaben, keine anderen Ziele als *Klassen*-Ziele. Unsere Kampfmittel können nicht die der feindlichen Klasse sein. Unser Kampfplatz kann nicht außerhalb des Produktionsprozesses sein. Aus den Betrieben heraus, von den Nachweisen werden alle bürgerlichen Rettungsmaschinen eines Tages leer laufen und tot daliegen. Wir haben mit euch, parlamentarischer Sorgenverein zur Rettung des Kapitalismus, schon längst nichts mehr zu tun. Vergelt doch nicht: Als ihr eure herrliche Verfassung annahmt, bei deren heutigen Feier euer Festredner rühmt:

„Der erste Sinn solcher frohen Feiern in der Demokratie ist die Selbstdarstellung und Bewußtwerdung des Volkes, das keinem Untertan ist als sich selber, und von dem, nach dem ersten Artikel unserer Reichsverfassung, die Staatsgewalt ausgeht“, da war das klassenbewußte Proletariat (das sicher etwas anderes ist, als was ihr „Volk“ nennt) demonstrativ prinzipiell gegen die Nationalversammlung.

Ein Radbruch an dem Wackelomnibus der Republik, ein Musterwirtschaftsbürger vergeht sich in diesem Liede garnicht um euren Dr. Frank, euren Ebert, euren Rathenau, sondern um Karl und Rosa und Dornbach und Sylt und 32 Millionen und ungezählte namenlose Genossen. *Die* sind gefallen. Im Kampfe um die Befreiung ihrer Klasse. Aber *ihre* Banner steht. Das Banner der proletarischen Revolution, der Verneinung aller Wirtschaftsbürger, steht. Das rote Banner der proletarischen Weltrevolution.

Hört ihr denn immer noch nicht die Signale?

